

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Band: 172 (2006)

Heft: 1

Artikel: Brauchen wir noch eine Armee

Autor: Hofmann, Hans

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-70328>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brauchen wir noch eine Armee?

Ist die Armee heute noch nötig und sinnvoll? Diese Frage wird ja von gewissen Kreisen immer wieder aufgeworfen. Persönlich bin ich der festen Überzeugung, dass die Bereitschaft, unser Land verteidigen zu können und zu wollen, nach wie vor nötig und sinnvoll ist. Zu viele Werte stünden auf dem Spiel, gäben wir uns einfach dem Schicksal preis. Viele Errungenschaften machen doch unser Land verteidigungswert. Denken wir an unsere Unabhängigkeit, unsere Freiheitsrechte, an unsere direkte Demokratie oder an unsere Sozialwerke. Denken wir aber auch an unsere Familien, unsere Kinder, die ein Recht darauf haben – so wie wir – ein Leben in Sicherheit und Freiheit zu verbringen.

Hans Hofmann *

Sie alle zählen auf staatlichen Schutz, sei es im Ernstfall oder im Falle von Unwettern oder Katastrophen. Für Sicherheit und Schutz der Bevölkerung zu sorgen ist eine der vornehmsten und wichtigsten politischen Aufgaben; und wer sollte uns diesen umfassenden Schutz, Hilfe und Beistand garantieren, wenn nicht unsere Armee? Ein Land, das auf seinen Schutz und auf den Schutz seiner Bevölkerung verzichtet, das gibt sich auf, das gibt sich preis. Ich kann mir eine wehrlose Schweiz, aber auch eine schutzlose Schweiz, nicht vorstellen.

Die Bereitschaft unserer Armee – auch wenn sie dieses Handwerk beherrschen muss – gilt ja derzeit nicht in erster Linie einem möglichen Krieg im klassischen Sinn, sondern sie gilt vor allem dem internationalen Terrorismus, gewaltbereitem politischem Extremismus, beides in immer neuen Formen und Dimensionen. Oder sie gilt friedenserhaltenden Massnahmen und humanitären Einsätzen im Ausland. Und nicht zuletzt – wie im Sommer leider eindrücklich erlebt – schweren Naturkatastrophen auch im eigenen Land. Zu meiner Militärdienstzeit (RS 1959, letzter WK 1981) war alles klar und einfach. Es war die Zeit des Kalten Krieges, zwei hochgerüstete Blöcke standen sich gegenüber, der Feind war im Osten und eine Bedrohung von aussen – also ein möglicher Krieg – war real existent. Die Armee konnte mit absolut realistischen Szenarien ausgebildet werden.

Heute ist alles nicht mehr so klar. Es gibt zwar auf der Welt noch gewaltige Waffenarsenale, und der Waffenhandel treibt die seltsamsten Blüten. Auch so genannte Schurkenstaaten verfügen über Atomwaffen oder aber über die Technologie dazu. Trotzdem ist eine Bedrohung von aussen in Form eines militärischen Angriffs durch ein anderes Land derzeit und in der näheren Zukunft unwahrscheinlich. Die Gefahr ist darum gross, dass man nachlässig wird, vor allem auch in der Wachsamkeit.

Wachsamkeit, vor allem über Nachrichtenbeschaffung, Nachrichtenauswertung,

Analysen und Schlussfolgerungen ist heute nötiger und wichtiger denn je. Gemäss Aufgabenteilung ist das VBS zuständig für Gefahren von aussen (äussere Sicherheit) und das EJPD für die innere Sicherheit. Nachrichtendienste gibt es nicht nur im VBS, sondern auch im EJPD; und auch das EDA beschafft über die Botschaften Nachrichten, die für unser Land durchaus auch sicherheitsrelevant sein können. Krieg und Gewalt sind ja nicht von der Welt verschwunden. Die Bedrohung von aussen und innen ist aber eine andere geworden. Die organisierte Kriminalität (Drogenhandel, illegaler Waffenhandel, Wirtschaftsspionage usw.) sind heute international vernetzt.

Der internationale Terrorismus ist zum Schreckgespenst geworden auf dieser Welt. Man darf sich gar nicht vorstellen, was wäre, wenn in Schweizer Vorortszügen so etwas Schreckliches wie in Spanien geschehen würde. Undenkbar! Wir müssen aber lernen, auch das Undenkbare zu denken! Wie würden wir einer solchen Situation begegnen? Wie ein solches Ereignis bewältigen? Wir stossen schon an unsere Grenzen, wenn eine internationale Konferenz zu schützen ist, und zwar nicht nur personell (Polizeiverstärkung aus dem Ausland), sondern – wie am G8-Gipfel in Genf erlebt – auch organisatorisch, strukturell und vor allem führungsmässig. Es muss doch unser erklärtes Ziel sein mitzuhelfen, nicht nur das organisierte Verbrechen, sondern vor allem auch den Terrorismus weltweit zu bekämpfen. Vor allem aber gilt es, unser Land vor terroristischen Anschlägen zu bewahren.

Und jetzt kommt die Gretchenfrage: Gehören terroristische Aktivitäten oder internationales Verbrechen wie z. B. illegaler Waffenhandel, zur inneren oder zur äusseren Sicherheit? Kann man bei der heutigen Bedrohungs- und Sicherheitslage innere und äussere Sicherheit überhaupt noch voneinander trennen? Auf Bundesstufe lässt sich heute äussere und innere Sicherheit meines Erachtens schlicht nicht mehr auseinander halten. Ich bin mir absolut sicher: Von der Armee werden auch in Zukunft subsidiäre Einsätze für die Polizei erwartet, d. h. die Übernahme von Polizeiaufgaben

für Bund, Kantone und grosse Städte. Die Bewachung von Botschaften ist nur ein aktuelles Beispiel. Die Fussball-EM 2008 ist ohne Unterstützung der Armee nicht durchführbar. Oder auch bei einer – hoffentlich nie eintretenden – konkreten terroristischen Bedrohung wäre die Polizei nicht in der Lage, alle strategisch wichtigen Infrastrukturanlagen zu bewachen. Die Armee wäre gefordert.

Die Sicherheitspolitik unseres Landes auf Bundesebene gehört heute unter einen Hut. Die schönen, klaren Verhältnisse von früher sind vorbei! Die kantonale Polizeihöhe muss und kann trotzdem erhalten bleiben. Die Kantone arbeiten im Polizeibereich ja gut zusammen. In vielen Kantonen sind Polizei und Militär im gleichen Departement, haben den gleichen politischen Chef. Warum nicht auch beim Bund? Einer der wichtigsten Führungsgrundsätze lautet doch: Verantwortung ist nicht teilbar! Ausgerechnet beim wichtigsten Gut, der Sicherheit von Land und Volk, haben wir eine geteilte Verantwortung. Sicherheit ist in der heutigen verworrenen internationalen Lage zu einer Verantwortung geworden, die sich nicht mehr in innere und äussere Sicherheit teilen lässt. Sie gehört in eine Hand. Der Bundesrat ist gut beraten, wenn er ein umfassendes Departement Sicherheit schafft, wo der polizeiliche und der militärische Teil, die Belange der inneren und der äusseren Sicherheit, Staatsschutz und Nachrichtendienste an einem Ort zusammengefasst werden. Das ist eine Forderung, die ich heute einmal mehr ganz klar in den Raum stelle.

Wo Neues geschieht, herrscht oft auch Uneinigkeit. So ist es auch im Zusammenhang mit der neuen Armee XXI, zu der das Schweizervolk vor gut zwei Jahren deutlich Ja gesagt hat. Dieser Neuanfang darf nicht durch Kleinmut oder Herumnörgeln ständig in Frage gestellt werden. Natürlich sind noch etliche Verbesserungen nötig und auch sinnvoll. Wir müssen nur den Mut aufbringen, erforderliche Korrekturen und Anpassungen laufend vorzunehmen. Wandel und Veränderungen sind zu Konstanten unserer Zeit geworden. In der Politik spricht man von Reformen, in der Wirtschaft von Strukturwandel. Im allgemeinen Empfinden verbindet man diese Begriffe nicht selten mit Krise. Man denkt dabei an Negatives, an Unsicherheit. Die Begriffe meinen jedoch nur den Übergang zu etwas Neuem. Aus jedem Strukturwandel, aus jeder Reform bilden sich neue Erkenntnisse, die nach einer gewissen Zeit Stabilität schaffen und Sicherheit bringen.

Die grosse Herausforderung unserer modernen Zeit ist aber, dass die Phasen von Stabilität und Sicherheit immer kürzer werden. Alles ist fast ständig im Umbruch begriffen. Was heute noch gilt, wird schon morgen in Frage gestellt. Diese Entwick-

* Hans Hofmann, Ständerat SVP/ZH, 8810 Horgen.

lung macht auch vor der Armee nicht Halt. Das verlangt von ihr Flexibilität und die Bereitschaft, sich immer wieder neu auszurichten. Wir müssen lernen, diesen ständigen Wandel als das Normale zu akzeptieren, und – ganz besonders wichtig – wir müssen diesen Wandel aktiv angehen und vorausschauend selbst mitgestalten.

Ein alles umfassendes Sicherheitsdepartement würde dafür ganz neue Chancen und Perspektiven eröffnen. Und auch der leider latent vorhandenen Gefahr, dass wir – ohne dass wir es merken – die Armee in Raten selber abschaffen, könnte begegnet

werden, wenn wir unsere Sicherheitspolitik rasch zusammenführen und für die Zukunft flexibel auf die neuen Sicherheitsbedürfnisse unseres Landes ausrichten.

Der deutsche Staatsmann Gustav Heineemann hat einmal zutreffend gesagt: «Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.» Die negativen Folgen einer solchen Entwicklung im Bereich der nationalen Sicherheit wären für unser Land unermesslich, denn unsere Armee ist ja nicht zuletzt auch ein wesentliches Element unseres nationalen Zusammenhalts. Gerade das Bewusstsein, durch

die allgemeine Wehrpflicht gemeinsam für unser Land, für die Sicherheit und den Schutz unserer Bevölkerung einzustehen, ist etwas, das uns – über alle Sprach- und Parteigrenzen, über alle sozialen Unterschiede hinweg – doch miteinander verbindet. Und genau das ist für mich der Hauptgrund, warum unsere Armee eine Milizarmee bleiben muss. Tragen wir Sorge dazu!

Referat an der Lilienbergkonferenz vom 27. Oktober 2005. ■

Schweizer Armee und deren Entwicklung

Position der Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK), Oktober 2005 (Zusammenfassung)

Ausgangslage

Die armeerrelevante Bedrohungslage hat sich seit 2001 nicht wesentlich geändert. Klassische Angriffe durch konventionelle Streitkräfte sind heute und in absehbarer Zeit (10 bis 15 Jahre) unwahrscheinlich. Weit eher ist mit Gewaltaktionen, verursacht durch zivile Akteure, zu rechnen.

Die Armee XXI – mit den Eckwerten: Milizsystem, Aufgabentrilogie (mit der militärischen Landesverteidigung als «raison d'être» für die Existenz der Armee), Aufgabengewichtung (mit Schwergewicht Raumsicherung), Bereitschaftskonzept (mit Aufwuchs, Durchdienern und Reserven ohne Ausbildung) und einem Bestand von 120 000 Aktiven (ohne RS) – ist und bleibt für uns eine gute und logische Antwort auf die sicherheitspolitische Bedrohung.

Schlüsselfaktor Finanzen

Jüngste Entscheide (Einsatz Armee zum Botschaftsschutz und Verstärkung GWK, neues Stationierungskonzept, Entwicklungsschritt 2008/2011) sind primär finanzpolitisch begründet. Nebst der Bundesfinanzlage führten gesamtpolitische Überlegungen und parteipolitische Haltungen zur Rolle der Armee dazu, dass die Armee mit 3,85 Mrd. pro Jahr (ohne Arbeitgeberbeiträge) planen muss. Das finanzpolitische Diktat ist zu akzeptieren, wenn damit obgenannte Eckwerte eingehalten werden können.

Umsetzung versus Anpassungen

Eine umfassende Reform wie Armee XXI braucht nach Auffassung von Fachleuten drei Jahre Zeit und Konstanz. In der Umsetzungsphase (bis Ende 2007) ist daher auf konzeptionelle Änderungen zu verzichten. Der Entwicklungsschritt 2008 bis 2011 hat sich im Rahmen der bestehenden Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen zu bewegen. Es ist legitim und notwendig, dass sich das VBS und die Armeeführung bereits Überlegungen zur Armee nach 2011 machen. Beschlüsse darüber sind erst in der nächsten Legislaturperiode zu fassen. Aus

heutiger Sicht braucht es dazu keine Reform der Reform. Anpassungen genügen.

Weiterentwicklung der Armee Überprüfung

Aufgrund von Erfahrungen aus Ernstfalleinsätzen (Unwetter August 2005) und Stabsübungen ist der Mitteleinsatz im Bereich der Existenzsicherung (subsidiäre Sicherungseinsätze, Katastrophenhilfe) sowie die Abgrenzung zwischen «Existenzsicherung/Raumsicherung» zu überprüfen und anzupassen.

Entwicklungsschritt 2008/2011

Der Entwicklungsschritt realisiert die Armee XXI; er ist keine Vorstufe zu einer nächsten Armee. Er ist bedrohungsorientiert. Er widerspricht dem Volksentscheid vom 18. Mai 2003 nicht. Im Bundesbüchlein sind Aufgabengewichtung, Armeeeorganisation und Kostenlimite nicht erwähnt. Zur Diskussion und Kritik Anlass geben die Weiterführung der Bewachungsaufgaben, die Rollenspezialisierung und die damit verbundene Reduktion der Verteidigungskapazität.

Innere Sicherheit ...

Strategien gibt es; Massnahmenschritte sind vorbereitet. USIS (Überprüfung des Systems innere Sicherheit Schweiz) liefert Rezepte für den Normalfall und die besondere Lage. Dies aber genügt nicht. Notwendig ist nach unserer Ansicht ein detailliertes und verbindliches Programm «innere Sicherheit» als Basis für die Rolle der Armee, enthaltend unter anderem Aussagen zur vernetzten Sicherheit und zur Terrorismusbekämpfung.

... und Rolle der Armee

Subsidiäre Armeeeunterstützung zum Schutz von Konferenzen und internationalen Veranstaltungen ist notwendig. Luftraumüberwachung erfordert militärische Mittel.

Die aktuellen Dauereinsätze zum Schutz ausländischer Missionen sind verfassungsrechtlich umstritten und für das WK-Milizsystem nachteilig. Sie sind daher so rasch wie möglich zu beenden (*Vorarbeiten dazu sind auf der Ebene KKJPD/VBS eingeleitet*).

Rollenspezialisierung

Die Zuordnung von Sicherungsaufgaben primär an die Infanterie und von Interventionaufgaben primär an mechanisierte Formationen und die Artillerie ist waffengattungsgerecht. Wichtig ist, dass es nur eine Infanterie gibt. Eine grüne Hilfspolizei brauchen und wollen wir nicht. Wesentlich ist auch, dass Organisation und Mittel dem Auftrag entsprechen.

Reduktion der Verteidigungskapazität

Die Kräfteverschiebung in der Grössenordnung von 15 000 AdA von Pz/Art zu Inf ist umstritten. Eine klare Mehrheit der MZDK hält die Reduktion der Verteidigungskapazität für verantwortbar, unter der Bedingung, dass der Aufwuchs in den Bereichen Bestand, Ausbildung sowie Ausrüstung/Bewaffnung von realistischen Beschaffungszeiten ausgeht und auf die Vorwarnzeiten ausgerichtet ist, der Aufwuchskern alle Verteidigungselemente enthält und allfällige Anpassungen der Armeeeorganisation sich auf das Notwendigste beschränken.

Dienstpflichtsystem

Die Milizarmee bedingt die Wehrpflicht. Wir sind grossmehrheitlich der Auffassung, dass eine Diskussion über die allgemeine Wehrpflicht frühestens dann zu führen ist, wenn die Armee konsolidiert ist und wenn ausreichend Erfahrungen aus der Rekrutierung vorliegen. Dabei stellt sich aus heutiger Sicht primär die Frage, ob jene Stellungs-pflichtigen, die weder in der Armee noch im Zivilschutz Dienst leisten (20%), zu einer Dienstleistung zugunsten der Gemeinschaft verpflichtet werden sollen. Zu überprüfen ist zudem die Rekrutierung für den Zivilschutz. Medizinische Entscheide allein führen zu keinem optimalen Resultat.

Regierungsrat Ernst Hasler, Militärdirektor des Kantons Aargau und seit 2004 Präsident der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK).

ernst.hasler@ag.ch